



**Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, den 13. Juni 2007, 18.00 Uhr, Rathaus**

- Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Sybille Kaufmann
- Namensaufruf:** 35 anwesende Mitglieder
- Entschuldigt:** Gemeinderatsmitglieder Regula Brunner, Urs Burger, Marcel Epper, Jörg Regli und Herbert Vetter
- Mitanwesend:** gesamter Stadtrat
- Sekretär:** Jost Kuoni

- - -

TRAKTANDEN:

- 7 Wahl einer/eines ausserordentlichen Stimmenzählerin/Stimmenzählers
- 8 Mitteilungen
- 9 Fraktionserklärung der SP/Gewerkschaften bezüglich der Geschäfte "Neufestsetzung des Gesamtpensums der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder" und der "Besoldungsrevision 2002"
- 10 Wahlen der drei Geschäftsprüfungskommissionen für die Legislaturperiode 2007/2011
 - 7 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Finanzen und Administration"
 - 7 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Bau, Werke, Umwelt"
 - 7 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Gesellschaft und Sicherheit"
- 11 Wahlen der Präsidien der drei Geschäftsprüfungskommissionen für die Legislaturperiode 2007/2011
 - Präsidium Geschäftsprüfungskommission "Finanzen und Administration"
 - Präsidium Geschäftsprüfungskommission "Bau, Werke, Umwelt"
 - Präsidium Geschäftsprüfungskommission "Gesellschaft und Sicherheit"

- 12 Wahlen der Kommissionen mit selbstständiger Entscheidungsbefugnis für die Legislaturperiode 2007/2011
 - 4 Mitglieder der Flurkommission
 - 8 Mitglieder der Fürsorgekommission
 - 3 Mitglieder der Vormundschaftsbehörde
- 13 Wahl von 3 Mitgliedern der Redaktionskommission für die Legislaturperiode 2007/2011
- 14 Wahl von 4 Mitgliedern der Verwaltungskommission Pensionskasse für die Legislaturperiode 2007/2011
- 15 Besoldung des Stadtrates: Neufestsetzung des Gesamtpensums und der Besoldungssumme für die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder per 1. Juni 2007
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

Nach erfolgtem Namensaufruf hält die **Ratspräsidentin** fest, dass 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt somit 18.

Die **Ratspräsidentin** erinnert daran, dass Abwesenheiten gemäss Art. 20 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates vor den Ratssitzungen per E-Mail oder Brief, unter Angabe des Grundes, an das Ratspräsidium und idealerweise mit Kopie an Ratschreiber Jost Kuoni zu senden sind.

Zur Traktandenliste werden seitens des Rates keine Änderungsanträge gestellt.

Da Gemeinderat René Gubler die Sitzung etwa um 19.15 Uhr verlassen muss, ist es notwendig, für den restlichen Verlauf der Sitzung eine/einen ausserordentliche/ausserordentlichen Stimmenzählerin/Stimmenzähler zu wählen.

7

WAHL EINER/EINES AUSSERORDENTLICHEN STIMMENZÄHLERIN/STIMMENZÄHLERS

Namens der Fraktion FDP/SVP/EDU schlägt **Gemeinderat Bruno Diethelm** als ausserordentlichen Stimmenzähler Gemeinderat Christoph Keller vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet.

Gemeinderat Christoph Keller wird einstimmig, mit Enthaltung des Gewählten, für die heutige Sitzung zum ausserordentlichen Stimmenzähler **gewählt**. Er wird seinen Platz im Büro des Gemeinderates einnehmen, sobald Gemeinderat René Gubler die Sitzung vorzeitig verlassen muss.

8

MITTEILUNGEN**8.1 Namensliste der interfraktionellen Wahlvorschläge**

An den Plätzen liegt die Namensliste der interfraktionellen Wahlvorschläge für die Traktanden 10 bis 14 der heutigen Sitzung auf.

8.2 Beantwortung der Einfachen Anfrage betreffend "Abgrenzung Stadtrat/Ja-Komitee im Vorfeld der Abstimmung zur F21"

Mit Beschluss Nr. 276 vom 29. Mai 2007 beantwortete der Stadtrat die Einfache Anfrage von Gemeinderat bzw. jetzt Alt-Gemeinderat Markus Keller betreffend "Abgrenzung Stadtrat/Ja-Komitee im Vorfeld der Abstimmung zur F21"

8.3 Stadträtliche Kommissionen und Delegationen für die Legislaturperiode 2007 bis 2011

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 302 vom 5. Juni 2007 informierte der Stadtrat über die stadträtlichen Kommissionen mit selbständiger Entscheidungsbefugnis, die stadträtlichen Fachkommissionen, die paritätischen Kommissionen sowie die Delegationen.

8.4 Übernahme der Interpellation Roland Wetli betreffend "Lastwagenfahrverbot in der Altstadt"

Die **Ratspräsidentin** verliest ein Schreiben von Gemeinderat bzw. jetzt Alt-Gemeinderat Roland Wetli, in dem dieser bekanntgibt, dass er die Interpellation betreffend "Lastwagenfahrverbot in der Vorstadt" an Gemeinderätin Bohner übergibt. Das betreffende Schreiben lautet wie folgt:

An der Sitzung des Gemeinderates vom 4. April 2007 habe ich eine Interpellation betreffend Lastwagenfahrverbot in der Vorstadt eingereicht und begründet. Dieser Vorschlag liegt zurzeit beim Stadtrat zur Beantwortung. Mit Ablauf der Legislatur 2003/2007 scheidet ich aus dem Gemeinderat aus.

Die Interpellation wurde unter anderem von Gemeinderätin Brigitt Bohner mitunterzeichnet. Damit die Interpellation weiter behandelt wird, übernimmt Gemeinderätin Brigitt Bohner die Interpellation betreffend Lastwagenfahrverbot in der Altstadt - gestützt auf Art. 46 Ziff. 2 des Geschäftsreglements des Gemeinderates Frauenfeld.

Gemeinderätin Brigitt Bohner hat schriftlich erklärt, dass sie die Interpellation betreffend Lastwagenfahrverbot in der Vorstadt von Alt-Gemeinderat Roland Wetli übernehme. Somit wird die Interpellation durch den Stadtrat weiter bearbeitet und zu gegebener Zeit beantwortet werden.

8.5 Übernahme der Motion von Alt-Gemeinderat Markus Keller betreffend "Kultur-Konzept"

Die **Ratspräsidentin** verliest ein Schreiben von Alt-Gemeinderat Markus Keller mit folgendem Inhalt:

Im Februar 2007 habe ich eine Motion betreffend Kulturkonzept für die Stadt Frauenfeld eingereicht und begründet. Dieser Vorstoss liegt zurzeit beim Stadtrat zur Beantwortung. Mit Ablauf der Legislatur 2003/2007 bin ich aus dem Gemeinderat ausgeschieden.

Die Motion wurde unter anderem von Gemeinderätin Lisa Landert mitunterzeichnet. Damit die Motion weiter behandelt wird, übernimmt Gemeinderätin Lisa Landert die Motion gestützt auf Art. 46 Ziff. 2 des Geschäftsreglements des Gemeinderates Frauenfeld.

Gemeinderätin Lisa Landert erklärt sich schriftlich bereit, die Motion betreffend Kulturkonzept für die Stadt Frauenfeld von Alt-Gemeinderat Markus Keller zu übernehmen. Somit wird auch in diesem Fall die Motion durch den Stadtrat weiter bearbeitet und zu gegebener Zeit beantwortet werden.

8.6 Resultat Fussballspiel Stadtverwaltung gegen Gemeinderat

Am vergangenen Freitag haben die Fussballaktiven des Gemeinderates das traditionelle Spiel gegen die Stadtverwaltung bestritten. Der Einsatz des gemeinderätlichen Teams hat sich gelohnt, das Spiel wurde mit 4 : 0 gewonnen. Die **Ratspräsidentin** geht davon aus, dass der Spielkommentator, Jost Kuoni, mit seinen markigen Sprüchen mitgeholfen hat, bereits in der ersten Halbzeit alle vier Tore zu schiessen. Sie gratuliert dem gemeinderätlichen Team zum Erfolg und hofft, dass die Muskeln, die auf dem neuen Allwetterplatz die ungewohnte Federung abfangen mussten, heute nicht mehr so weh tun wie an den Tagen nach dem Spiel!

8.7 Nicht öffentliche Orientierung über das "Extranet"

Im Anschluss an die heutige Sitzung findet eine nicht öffentliche Orientierung über das neu zur Verfügung stehende "Extranet" statt. Die **Ratspräsidentin** bittet, die Gelegenheit zu nutzen und sich über diese neue Informationsquelle kundig zu machen.

8.8 Ausfall der Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2007

Die Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2007 fällt mangels Geschäften aus, unter der Voraussetzung, dass die heutige Traktandenliste vollständig abgearbeitet werden kann.

9

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SP/GEWERKSCHAFTEN BEZÜGLICH DER GESCHÄFTE "NEUFESTSETZUNG DES GESAMTPENSUMS DER NEBENAMTLICHEN STADTRATSMITGLIEDER" UND DER "BESOLDUNGSREVISION 2002"

Gemeinderätin Heidi Hartmann, Fraktionspräsidentin SP/Gewerkschaften: "Im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaften gebe ich nach Artikel 36 des Geschäftsreglements unseres Gemeinderats folgende Erklärung ab:

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Gewerkschaftsmitglieder bringt uns die im Vorfeld undifferenzierte Vermischung des heute zu beratenden Geschäfts 'Neufestsetzung des Gesamtpensums der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder' mit der Umsetzung der Besoldungsrevision von 2002 für Angestellte mit fünfjähriger Besitzstandwahrung in arge Gewissensnöte.

Wir bedauern ausserordentlich, dass durch die unsachlichen und verwirrenden Äusserungen sowie Leserbriefe die Problemlösung noch erschwert wird. Auch die allseitigen Schuldzuweisungen bringen uns keinen Schritt weiter, weder in der einen noch in der andern Angelegenheit. Was jetzt gefragt ist, sind konstruktive Dialoge und dazu braucht es **alle** Beteiligten.

Der Gemeinderat befasst sich heute mit einer Pensenerhöhung für die nebenamtlichen Stadträte und nicht mit einer Lohnerhöhung derselben. Die Umsetzung der durch den Gemeinderat verabschiedeten Besoldungsrevision von 2002 ist Aufgabe des Stadtrates und der jeweiligen Vorgesetzten. Das zeitliche Zusammentreffen der beiden Problematiken erschwert ganz klar zumindest im ersten Moment eine saubere Trennung.

Wir haben deshalb Verständnis, dass die Direktbetroffenen frustriert reagieren und Mühe haben, die beiden Geschäfte sachlich zu trennen. Aufgrund der Sachlage aber sehen wir als SP/GEW-Fraktion eindeutig Handlungsbedarf und zwar in beiden Fragen.

Wir erwarten vom Stadtrat professionelle Arbeit und damit ist gegeben, dass die Pensen nach über 16 Jahren wieder einmal überprüft und wo nötig angepasst werden. Dies können wir heute tun. Hingegen ist die Aufhebung des Besitzstandes derjenigen Angestellten, welche 2002 durch das neue System eine tiefere Stellenbewertung erhielten und denen eine fünfjährige Übergangsfrist gewährt wurde, nicht mehr Aufgabe unseres Rates.

Was wir in dieser Frage noch tun können, ist der folgende Appell an die Verantwortlichen: Wir fordern den Stadtrat auf, zusammen mit den Vorgesetzten nochmals zu prüfen, ob wirklich alle Spielräume des Systems, inklusive die Sonderregelungen, ausgeschöpft sind, damit möglichst keine 'Härtefälle' entstehen. Wir sind uns bewusst, dass jede Lohnkürzung schmerzlich ist; wenn sie aber existenziell bedrohlich wird, ist dies speziell schwierig. Insbesondere ist uns wichtig, dass für die langjährigen Angestellten mit grossen Lohneinbussen und eher kleinen Einkommen, die ihre Arbeit immer zur Zufriedenheit unserer Stadt erledigt haben, nochmals um Lösungen gerungen wird. Ziel von uns allen ist doch, dass wir weiterhin auf motivierte sowie engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen können.

Unsere Fraktion möchte nicht nur eine systemgerechte, sondern auch eine menschengerechte Lösung in dieser Lohnfrage - deshalb gilt es alles Menschenmögliche zu tun.

Wir danken dem Stadtrat im Voraus für alle weiteren Bemühungen!"

Da zu einer Fraktionserklärung keine Diskussion stattfindet, fährt die Ratspräsidentin mit der Traktandenliste weiter.

10

WAHLEN DER DREI GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSIONEN FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2007/2011

Der Wahlvorschlag der Konferenz der Fraktionspräsidien für alle drei GPKs liegt den Ratsmitgliedern vor.

Die **Ratspräsidentin** lässt gemäss Geschäftsreglements des Gemeinderats Art. 56 Abs. 2 die Wahlen jeweils offen und in globo durchführen, sofern keine Vermehrungen aus dem Rat vorgeschlagen werden. Gegen dieses Vorgehen werden seitens des Rates keine Einwände erhoben.

10.1

WAHL VON 7 MITGLIEDERN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "FINANZEN UND ADMINISTRATION"

Die **Ratspräsidentin** liest noch einmal den Wahlvorschlag der Fraktionspräsidien vor. Aus den Reihen des Rates werden die Vorschläge nicht vermehrt.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden sieben Gemeinderäte werden einstimmig, mit 5 Enthaltungen von Gewählten, als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Finanzen und Administration" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**:

- Gemeinderat Rudolf Fuchs, CVP, Fraktion CVP/EVP, (neu);
- Gemeinderat Matthias Hotz, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Andreas Jäger, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu);
- Gemeinderätin Mirjam Laubi, CH, Fraktion CH/Grüne, (neu);
- Gemeinderat Christian Schmid, GP, Fraktion CH/Grüne, (neu);
- Gemeinderat Herbert Vetter, SP, Fraktion SP/Gewerkschaften, (bisher);
- Gemeinderat Andreas Wirth, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu).

10.2

WAHL VON 7 MITGLIEDERN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "BAU, WERKE, UMWELT"

Auch hier liegt ein entsprechender Wahlvorschlag der Fraktionspräsidentenkonferenz vor. Weitere Kandidaturen werden seitens des Rates nicht vorgeschlagen.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden sieben Ratsmitglieder werden einstimmig, mit 5 Enthaltungen der Gewählten, als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Bau, Werke, Umwelt" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**:

- Gemeinderat Helmut Ammann, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Marcel Epper, CVP, Fraktion CVP/EVP, (bisher);
- Gemeinderätin Sybille Kaufmann, SP, Fraktion SP/Gewerkschaften, (bisher);
- Gemeinderätin Lisa Landert, CH, Fraktion CH/Grüne, (neu, früher GPK Gesellschaft und Sicherheit);
- Gemeinderat Christian Oettli, GP, Fraktion CH/Grüne, (bisher);
- Gemeinderat Jörg Regli, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu);
- Gemeinderat Robert Zahnd, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher).

10.3

WAHL VON 7 MITGLIEDERN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "GESELLSCHAFT UND SICHERHEIT"

Auch hier liegt ein interfraktioneller Wahlvorschlag vor. Da keine weiteren Kandidaten nominiert werden, wird auch hier eine offene Wahl durchgeführt und in globo abgestimmt.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden sieben Gemeinderäte werden mit 29 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen der Gewählten, als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission "Gesellschaft und Sicherheit" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**:

- Gemeinderätin Regula Brunner, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Stefan Hager, CVP, Fraktion CVP/EVP, (bisher);
- Gemeinderätin Heidi Hartmann, SP, Fraktion SP/Gewerkschaften, (bisher);
- Gemeinderat Christoph Keller, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Werner Vetterli, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Daniel Wirz, CH, Fraktion CH/Grüne, (neu);
- Gemeinderat Roland Wyss, EVP, CVP/EVP, (bisher).

11

WAHLEN DER PRÄSIDIEN DER 3 GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSIONEN FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2007/2011

11.1

WAHL DES PRÄSIDIUMS DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "FINANZEN UND ADMINISTRATION"

Gemäss interfraktionellem Vorschlag wird der bisherige Präsident der GPK Finanzen und Administration, Gemeinderat Matthias Hotz, vorgeschlagen. Weitere Nominationen werden nicht unterbreitet. Somit wird die Wahl offen durchgeführt.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Matthias Hotz wird einstimmig, mit der Enthaltung des Gewählten, als Präsident der GPK "Finanzen und Administration" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**.

11.2

WAHL DES PRÄSIDIUMS DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "BAU, WERKE, UMWELT"

Der Vorschlag der Fraktionspräsidien sieht Gemeinderat Marcel Epper, der bereits bis anhin dieses Amt ausgeübt hat, vor. Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet, sodass auch hier die Wahl offen vonstatten gehen kann.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Marcel Epper wird einstimmig als Präsident der GPK "Bau, Werke, Umwelt" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**.

11.3

WAHL DES PRÄSIDIUMS DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION "GESELLSCHAFT UND SICHERHEIT"

Der interfraktionelle Wahlvorschlag führt den bisherigen Präsidenten der GPK Gesellschaft und Sicherheit, Gemeinderat Werner Vetterli, für dieses Amt auf. Diese Nomination wird nicht durch weitere Kandidaten erweitert, sodass auch in diesem Fall auf eine geheime Wahl verzichtet werden kann.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Werner Vetterli wird einstimmig, mit der Enthaltung des Gewählten, mit 34 Ja-Stimmen als Präsident der GPK "Gesellschaft und Sicherheit" für die Legislaturperiode 2007/2011 **gewählt**.

12

WAHLEN DER KOMMISSIONEN MIT SELBSTSTÄNDIGER ENTSCHEIDUNGSBEFUGNIS FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2007/2011

12.1

WAHL VON 4 MITGLIEDERN DER FLURKOMMISSION

Die Wahlvorschläge der durch die Fraktionspräsidien vorgeschlagenen Mitglieder der Flurkommission werden nicht vermehrt, was eine offene Wahl möglich macht. Im Weiteren erfolgt die Wahl in globo.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden vier Ratsmitglieder werden, mit den Enthaltungen der Gewählten, mit 31 Ja-Stimmen in die Flurkommission **gewählt**:

- Gemeinderätin Eveline Buff, GP, Fraktion CH/Grüne, (neu);
- Gemeinderat Stefan Geiges, CVP, Fraktion CVP/EVP, (bisher);
- Gemeinderat René Gubler, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu);
- Gemeinderat Christian Mader, EDU, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu).

12.2

WAHL VON 8 MITGLIEDERN DER FÜRSORGEKOMMISSION

Auch hier liegen die Wahlvorschläge der Fraktionspräsidien gemäss dem vorliegenden Papier vor. Es werden keine weiteren Nominationen geltend gemacht. Die Wahl kann somit offen durchgeführt werden.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden acht Mitglieder werden in globo mit 30 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen von Gewählten, in die Fürsorgekommission **gewählt**:

- Ruth Bommer, CH, Fraktion CH/Grüne, Rechtsanwältin, (bisher);
- Gemeinderätin Eveline Buff, GP, Fraktion CH/Grüne, (neu);

- Gemeinderätin Brigitte Hänni, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderätin Ruth Kern-Brüscheiler, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Stephan Müller, SP, Fraktion SP/Gewerkschaften, (bisher);
- Gemeinderat Werner Vetterli, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Annina Villiger Wirth, CH, Fraktion CH/Grüne, Kantonsschullehrerin, Familienfrau, (neu);
- Christian Wälchli, EVP, Fraktion CVP/EVP, Buchhändler, (bisher).

12.3

WAHL VON 3 MITGLIEDERN DER VORMUNDSCHAFTSBEHÖRDE

Gemäss interfraktionellem Wahlvorschlag werden sämtliche bisherigen drei Ratsmitglieder vorgeschlagen. Diese Vorschläge werden nicht vermehrt. Die Wahl kann somit ebenfalls offen durchgeführt werden und erfolgt in globo.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die drei nachstehenden Ratsmitglieder werden mit 33 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen von Gewählten, in die Vormundschaftsbehörde **gewählt**:

- Gemeinderätin Sybille Kaufmann, SP, Fraktion SP/Gewerkschaften (bisher);
- Gemeinderätin Marietta Kraft, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher);
- Gemeinderat Jörg Regli, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher).

13

WAHL VON 3 MITGLIEDERN DER REDAKTIONSKOMMISSION FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2007/2011

Hier liegen ebenfalls die Wahlvorschläge gemäss Liste der Fraktionspräsidien vor. Diese Nominierungen werden nicht erweitert, sodass auch hier auf eine geheime Abstimmung verzichtet werden kann. Die Wahl erfolgt ebenfalls in globo.

Ergebnis der offenen Wahl:

In die Redaktionskommission werden die nachstehenden drei Ratsmitglieder mit 32 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen der Gewählten, einstimmig **gewählt**:

- Gemeinderat Rudolf Fuchs, CVP, Fraktion CVP/EVP, (bisher);
- Gemeinderat Hermann Lei, SVP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu);
- Gemeinderat Daniel Wirz, CH, Fraktion CH/Grüne, (neu).

14

WAHL VON 4 MITGLIEDERN DER VERWALTUNGSKOMMISSION PENSIONSASSE FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2007/2011

Die entsprechenden Nominationen liegen gemäss schriftlichem interfraktionellem Wahlvorschlag vor. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet. Die Wahl erfolgt somit offen und ebenfalls in globo.

Ergebnis der offenen Wahl:

Die nachstehenden Ratsmitglieder werden mit 32 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen der Gewählten, in die Verwaltungskommission Pensionskasse **gewählt**:

- Gemeinderat Wolfgang Ackerknecht, EVP, Fraktion CVP/EVP, (bisher);
- Gemeinderat Urs Herzog, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (neu);
- Gemeinderat Peter Lenggenhager, Gewerkschaften, Fraktion SP/Gewerkschaften, (bisher);
- Stadtammann Carlo Parolari, FDP, Fraktion FDP/SVP/EDU, (bisher).

- - -

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass sich der Gemeinderat für die Legislaturperiode 2007/2011 neu konstituiert hat. Sie gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen viel Energie sowie Weitblick für ihre Kommissionsarbeit.

15

BESOLDUNG DES STADTRATES: NEUFESTSETZUNG DES GESAMTSPENSUMS UND DER BESOLDUNGSSUMME FÜR DIE NEBENAMTLICHEN STADTRATSMITGLIEDER PER 1. JUNI 2007

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 271 des Stadtrates vom 10. April 2007 mit den Anhängen "Umfrage des schweizerischen Städteverbands 2006" und "Art und Höhe der Entschädigung von Exekutivmitgliedern")

Gemeinderatspräsidentin Sybille Kaufmann: "Bevor wir zur Eintretensdebatte kommen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, uns bisherigen sowie den neuen Mitgliedern des Gemeinderates die Art. 30 bis 41 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates in Erinnerung zu rufen. Dort finden Sie die Regeln betreffend die Beratungen im Gemeinderat.

Insbesondere bitte ich Sie, allfällige Anträge zu den Botschaften jeweils auch in schriftlicher Form an das Präsidium auszuhändigen.

Für die Protokollierung ist es sehr hilfreich, wenn Sie Ihre Wortmeldungen an einem der Mikrophone vornehmen.

Ich danke Ihnen im Voraus."

Eintreten

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Ich spreche im Namen der 'alten', das heisst bis Ablauf der letzten Legislaturperiode - also bis Ende Mai - eingesetzten GPK Finanzen und Administration. Ich werde mich in diesem ersten Teil meiner Ausführungen nur zum Eintreten und erst in einem zweiten Teil, nach dem Entscheid über das Eintreten, auch zum materiellen Teil äussern.

Zuerst zur Ausgangslage:

Bezüglich der Besoldung des Stadtammanns in unserer Stadt ist im Jahre 1981 ein Grundsatzentscheid gefällt worden, gemäss dem die Besoldung des Stadtammanns sich an derjenigen des Obergerichtspräsidenten zu orientieren habe. Die vier nebenamtlichen Stadträte erhalten insgesamt 160 % eines Gesamtsumms. Aufgrund der zwischenzeitlichen Teuerung beträgt diese Gesamtlohnsumme der vier nebenamtlichen Stadträte im Jahr 2006 brutto rund 330'000 Franken (ohne Spesen und ohne 2'000 Franken für den Vizeammann). Aktuell beträgt die Lohnsumme, auf 100 % gerechnet, für die nebenamtlichen Stadträte somit rund 210'000 Franken und für den Stadtammann rund 240'000 Franken.

Seit 1991 sind diesbezüglich jedoch keine lohnwirksamen Beschlüsse mehr gefasst worden. Im Jahr 2005 hat die GPK Finanzen und Administration nochmals bekräftigt, dass die nebenamtlichen Stadträte den internen Verteilschlüssel selber festlegen sollen. Zudem wurde festgehalten, dass diese Besoldungen periodisch zu überprüfen seien. Konkret hat die GPK festgehalten, dass der Stadtrat auf Ende der Legislaturperiode bzw. auf den 1.6.2007 die Besoldung des Stadtammanns und der nebenamtlichen Stadträte zu überprüfen sowie Vorschläge zu unterbreiten hat. Der Stadtrat ist denn auch Ende Juni 2006 - also vor rund einem Jahr - an die GPK gelangt, mit dem Wunsch, dieser seinen Standpunkt zur Frage der Besoldung, insbesondere der nebenamtlichen Stadträte, darlegen zu können.

Zur Beurteilung der GPK über das Eintreten:

An einer ersten Sitzung Ende September 2006 wurde die GPK umfassend vom gesamten Stadtrat und dem Stadtammann über die aktuelle Situation und den Vorschlag der nebenamtlichen Stadträte für eine Anpassung der Pensen von 160 % auf 200 % auf Beginn der neuen Legislatur informiert. Aus der GPK konnten alle anstehenden Fragen zu den Besoldungen gestellt werden.

An einer weiteren Sitzung Mitte Oktober 2006 hat die GPK, ohne Anwesenheit des Stadtrats, über das Eintreten auf dieses Geschäft befunden. Die GPK kam einstimmig zum Schluss, dass auf das grundsätzliche Anliegen des Stadtrats einzutreten sei und bei den Pensen der nebenamtlichen Stadträte ein gewisser Handlungsbedarf besteht.

Nach der materiellen Behandlung legte die GPK in einem Mehrheitsbeschluss fest, dass dieses Geschäft dem Gemeinderat mit einer separaten Botschaft mit Wirkung ab 1. Juni 2007 zu unterbreiten sei und nicht etwa mit einem Ergänzungsbericht zum Voranschlag 2008 mit Wirkung erst ab 1. Januar 2008, wie es in der GPK auch diskutiert wurde.

Meine Damen und Herren, Diskussionen über Besoldungen sind oft mit einigen Emotionen verbunden und sensibel. Wir müssen aber versuchen, dieses Geschäft sachlich und objektiv zu behandeln. Dabei sollte dieses Geschäft auch nicht mit der nun parallel in Kraft tretenden Besoldungsrevision vermischt werden, auch wenn dies nun zugegebenermassen ein etwas unglückliches zeitliches Zusammentreffen ist. Die GPK ist der klaren Meinung, dass vor dem genannten Hintergrund auf dieses Geschäft einzutreten ist. Ich werde mich nach dem Entscheid des Rates über das Eintreten dann auch zum materiellen Teil dieses Geschäfts äussern. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Wolfgang Ackerknecht: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion.

'Erhalten unsere Stadträte zeitgemässe Löhne? Sind sie als Abteilungsleiter effizient und vollbringen sie qualitativ überdurchschnittlich oder gar hervorragend gute Dienste für die Stadt?' Es sind rhetorische und gleichzeitig ernste Fragen. Am Ende unserer heutigen Debatte sind wir vermutlich immer noch nicht in der Lage, diese Fragen schlüssig zu beantworten. Uns bleibt deshalb die Aufgabe, die uns bekannten Fakten zusammenzutragen, sie zu werten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Als ehemaliges Mitglied der GPK Finanzen und Administration habe ich den ganzen Prozess dieser schon älteren Pensenanpassung miterlebt. Mit der Pensenanpassung kommen wir einem seit längerer Zeit von den nebenamtlichen Stadträten eingebrachten Anliegen nach. Die Anfrage - wir haben es bereits gehört - wurde im August letzten Jahres neu aufgerollt und fand nach vielen Sitzungen Ende Februar ihren Abschluss. Eine zentrale Rolle kommt der Stundenliste auf Seite 5 der Botschaft zu, die Aufschluss über die zeitliche Überbelastung der nebenamtlichen Stadträte in den letzten Jahren gibt. - Wer hat eigentlich unserer Stadtbehörde für den beachtlichen Zusatzaufwand gedankt?

Wir haben vom GPK-Präsidenten bereits gehört, dass der Entscheid der Kommission zugunsten einer Pensenerhöhung auf 200 % schliesslich mehrheitlich begrüsst wurde. Auch in unserer Fraktion gibt es Stimmen, die jedoch der Pensenerhöhung kritisch bzw. ablehnend gegenüber stehen. Eine Argumentation lautet, dass mit dem Wegfall des Grossprojekts 'F21' und mit der Behebung noch bestehender personeller Fragen im Tiefbau- und Hochbau eine Pensenerhöhung auf 190 statt 200 % reichen müsste. Auch eine Lohnniveaureduktion wurde diskutiert. Als negativer Punkt wurde schliesslich empfunden, dass das ganze Zahlenmaterial bezüglich Löhne in der Botschaft hätte transparenter dargestellt werden können.

Die Mehrheit unserer Fraktion anerkennt jedoch den Umstand, dass die Pensen der nebenamtlichen Stadträte seit bald 20 Jahren unverändert geblieben sind, in dieser Zeit die Stadt jedoch einen beträchtlichen Wandel bezüglich Grösse und gesellschaftlicher Veränderungen erlebte. Unsere Fraktion sieht in der Gesamtbetrachtung der vom Gesamtstadtrat in den letzten Jahren geleisteten Arbeit ein wichtiges Kriterium. Unsere Stadt verfügt in allen Belangen über eine sehr gute Infrastruktur. Dank einer weitsichtigen Steuerpolitik sind auch die Finanzen gesund. Ausgezeichnete Umfrageergebnisse in der Bevölkerung sind ein klares Signal über die Zufriedenheit der hier lebenden Menschen. An diesem Erfolg dürfen sich auch die Stadträte eine Scheibe abschneiden. Sie werden dazu mit einem guten zeitgemässen Salär entlohnt, das auch Vergleichen mit anderen Städten in der Grösse von Frauenfeld standhält.

Wir haben durchaus Verständnis, dass nun seitens der Mitarbeiter und des Personalverbandes Kritik laut wird. Einerseits betrifft sie den Zeitpunkt, da die im Jahre 2002 beschlossene Besoldungsrevision per 1. Juli 2007 in Kraft tritt. Dass die beantragte Pensenerhöhung auf anfangs Juni 2007 fällt, mag unschön sein. Aber den so genannt richtigen Zeitpunkt wird es wohl nie geben, da immer Argumente und Einwände eingebracht würden. Nun müssen mit der Besoldungsrevision einige Stadtangestellte tiefere Löhne in Kauf nehmen. Es wäre unfair zu behaupten, dass diese Einsparungen für die Erhöhung der Stadtratsentschädigungen verwendet werden. Hier muss deutlich differenziert werden. Alle Mitarbeiter haben gewusst, dass der Gemeinderat im Mai 2002 sehr deutlich den Systemwechsel vom erfahrungs- zum leistungsbezogenen Besoldungssystem beschlossen hatte. Nach Ende der fünfjährigen Besitzesstandswahrung wurden am Einreihungsplan nochmals Anpassungen vorgenommen, um Fehleinstufungen zu korrigieren. Jeder Mitarbeiter führte darüber mit seinem direkten Vorgesetzten ein Gespräch. Die Gesamtsumme der Lohnkürzungen, die nun 40 Angestellte zu spüren bekommen, beträgt total 107'000 Franken oder 1,25 % Lohnprozente. Es sind vereinzelt schmerzliche Eingriffe, die aber auch Mitarbeiter in der Privatwirtschaft immer wieder erleben. Heute wissen wir, dass es in Frauenfeld bei einem Mitarbeiter dazu führen könnte, dass Artikel 18 bezüglich sozialem Härtefall Anwendung findet.

Was gibt nun den Ausschlag, dass unsere Fraktion grossmehrheitlich entschieden hat, auf die Botschaft einzutreten und ihr zuzustimmen?

- Wir anerkennen die von den nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten - den Stadtammann natürlich eingeschlossen - geleistete Arbeit der letzten Jahre.
- Wir haben grosses Interesse, dass der Stadtrat auch in Zukunft über ideale Bedingungen verfügt, um die Abteilungen effizient und erfolgreich zu führen.
- Bei der vorliegenden Botschaft geht es um eine Pensenerhöhung, um damit der leidigen Überstundengeschichte Abhilfe zu verschaffen. Es ist nur gut und recht, dass die Mehrarbeit auf der Basis der 55 Stundenwoche auch entlohnt wird.
- Mit der Erhöhung der Pensen auf 200 % ist das obere Limit jedoch erreicht. Wir erwarten, dass die Stadträte diesen Rahmen auch nutzen werden, um sich vermehrt strategischen Fragen zu widmen. Als Beispiele seien hier Projekte im Sozialbereich, in Verkehrsfragen oder im Bereich neuer Wohnungsstrukturen genannt."

Gemeinderat Peter Lenggenhager: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB

An unserer Fraktions-Sitzung haben wir uns ausführlich mit der Botschaft 'Besoldung des Stadtrates: Neufestsetzung des Gesamtpensums und der Besoldungssumme für die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder per 1. Juni 2007' auseinandergesetzt.

Unbestritten blieb in unserer Fraktion, dass bei den Pensen Handlungsbedarf besteht, ist doch seit 1991 die gleiche Regelung in Kraft. Wir anerkennen auch, dass die Aufgaben der nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte komplexer sowie umfangreicher geworden sind.

Ebenso schätzen wir abteilungsübergreifende Projektarbeit, wie zum Beispiel Jugendpolitik in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten, Schulgemeinden und Stadtbetrieben, sowie eine gute funktionierende regionale Zusammenarbeit. Auch die Ausarbeitung von Legislaturzielen möchten wir nicht mehr missen. Kurzum, wir erwarten professionelle Arbeit von unseren Stadträtinnen und Stadträten, die auch entsprechend bezahlt werden soll.

Trotzdem lässt sich die beantragte Pensenerhöhung von 40 %, das heisst von 160 % auf 200 %, aus der Botschaft nicht für uns alle ganz nachvollziehen. Auch erwarten wir, dass die Gesamtbeschäftigung von Stadträtinnen und Stadträten bei zirka 100 % liegt, da Stadträtinnen und Stadträte keine Übermenschchen darstellen sollen. Zurzeit besteht die Möglichkeit von 80 % einer hauptberuflichen Tätigkeit. Diese Problematik wird in der uns vorgelegten Botschaft nicht erläutert.

Wie in der Fraktionserklärung SP/GWB von Heidi Hartmann bereits erläutert, empfinden wir mehrheitlich den Zeitpunkt dieses Antrages vom Stadtrat als denkbar ungünstig, da die Besoldungsrevision sowie die derzeitigen Auswirkungen und die Pensenerhöhung für die nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte von den Angestellten der Stadtbetriebe sowie dem Stimmvolk nicht getrennt betrachtet werden.

Trotz diesen für uns ganz und gar nicht erfreulichen Tatsachen sind wir mehrheitlich dafür, die Sachlage getrennt zu betrachten und werden die Botschaft Nr. 271 mehrheitlich unterstützen.

Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die kurze Aufmerksamkeit."

Gemeinderätin Ruth Faller Graf: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne zum Eintreten der uns vorliegenden Botschaft.

Die Wellen zu diesem Geschäft haben bereits im Vorfeld hoch geschlagen. Nicht nur in Leserbriefen, auch seitens des Personalverbandes der Stadt Frauenfeld wird das heute zu beratende Geschäft mit dem Ablauf der Besitzstandsgarantie verknüpft, frei nach dem Motto: 'Die Kleinen schröpft man, die Grossen werden immer reicher'. Es weht ein Hauch der Entrüstung mit, die auch beim Swissair Grounding oder gegenüber den CEO- Spitzensalären zu spüren war.

Ich komme nicht umhin, einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, worum es im vorliegenden Geschäft nicht geht: Es geht nicht um die Frage, was mit den Löhnen der Stadtangestellten passiert, deren Besitzstand nun abgelaufen ist. Im Jahre 2002 hat unser Rat mit der Einführung einer fünfjährigen Besitzstandswahrung klar signalisiert, dass nach dieser Übergangszeit das neue Besoldungssystem für alle gelten soll und muss. Im Januar 2007 hat man im Gemeinderat mit

einem gewissen Bedauern Kenntnis davon genommen, dass 40 Personen, somit 10 % der Stadtangestellten, nach Ablauf dieser fünfjährigen Frist eine Lohnkürzung von mindestens 3 %, in einigen wenigen Fällen sogar von 10 bis 20 % hinzunehmen haben. Leider hat sich die Hoffnung aus dem Jahr 2002, dass sich ein grosser Teil der Betroffenen durch Weiterbildung oder Übernahme von zusätzlichen Aufgaben nachqualifizieren würden - womit die Lohnschere etwas kleiner geworden wäre - nicht bewahrheitet. Mit zustimmender Kenntnisnahme des Ablaufs der Bestandesgarantie und der nun vollständig eingeführten neuen Besoldungsordnung durch den Gemeinderat im Januar 2007 ist die Überleitung in das neue Besoldungssystem jedoch einstweilen abgeschlossen. Dass dies soweit kommen würde, wussten sowohl die Betroffenen als auch die angesprochenen und nun prominent auftretenden Personalverbände. Auffangnetz bildet nach wie vor die Härtefallklausel, falls es wirklich zu einem sozialen Debakel im Einzelfall kommen sollte. Dafür, dass nun versucht wird, trotz abgeschlossenem Geschäft, noch einmal die Frage der Bestandesgarantie aufzuwerfen und sie dann noch mit der anstehenden Pensenerhöhung der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder zu verbinden, fehlt uns etwas das Verständnis.

Es geht heute auch nicht um das Pensum und den Lohn des Stadtammanns. Und es geht - auch wenn dies immer wieder so behauptet wird - auch nicht um eine Lohnerhöhung für die nebenamtlichen Stadträte. Heute zu diskutieren und zu entscheiden ist einzig, ob und in welchem Umfang das Pensum der nebenamtlichen Stadträte seit 1991 angestiegen ist und unser Rat diesem Umstand Rechnung trägt und die Pensen der tatsächlichen zeitlichen Belastung anpassen will.

Der Botschaft ist zu entnehmen, dass letztmals im Jahre 1988 per 1.1.1989 über die durchschnittlichen Pensen der nebenamtlichen Stadträte durch unseren Rat entschieden wurde. Dies ist nun knapp 20 Jahre her! Damals ging man davon aus, dass als nebenamtlicher Stadtrat zwei volle Tage eingesetzt werden müssen. Einigkeit bestand und besteht zudem auch heute noch darin, dass ein nebenamtlicher Stadtrat besser entlohnt werden soll als der höchstbezahlte Verwaltungsangestellte.

Wenn wir nun die heutige Situation betrachten, geht man bezüglich der Stadtratsmitglieder von einer 55 Stundenwoche aus, das heisst 11 Stunden pro Wochentag oder - wenn nur der Sonntag heilig bleibt - 9,1 Stunden pro Tag. Ein Fünftel davon gilt bereits als freiwilliger Mehraufwand, das heisst es wird mit andern Worten erwartet, dass ein nebenamtlicher Stadtrat, im Gegensatz zu den Stadtangestellten, 20 % mehr an Zeit aufwendet.

Anerkennen wir den ausgewiesenen effektiven Aufwand der derzeitigen Stadträte, zeigt sich klar, dass ein Pensum von 160 % einfach nicht mehr ausreicht, um die anfallenden Arbeiten und Aufgaben seriös und umsichtig zu führen. Nebst der bereits berücksichtigten Mehrarbeit, welche als politische Arbeit erwartet und gewertet wird, fallen durchschnittlich für alle vier Stadträte 45 % an zeitlicher Mehrbelastung an, die aktuell nicht entschädigt werden. Rechnet man dies auf die zwei Tage um, die reichen sollten, um die Arbeiten eines nebenamtlichen Stadtrates zu erledigen, würde dies durchschnittlich einen 12,5 Stundentag bedeuten. Ich frage mich da, ob der Begriff der 'Nebenamtlichkeit' bei dieser Belastung nicht etwas überholt ist.

Betrachtet man den effektiven Aufwand genauer, zeigt sich zudem, dass insbesondere in der Abteilung Hoch- und Tiefbau eine massive Mehrbelastung ausgewiesen ist. Mit andern Worten besteht auch in der internen Verteilung der Pensen massiver Handlungsbedarf.

Um es auf den Punkt zu bringen: Derzeit arbeiten unsere Stadträte nebst den bereits verlangten 20 % an politischer Mehrarbeit durchschnittlich nochmals mehr als 10 % gratis und franko für unsere Stadt. Würde dies in der Privatwirtschaft - welche ja bei gewissen Gelegenheiten gerne als Vergleich beigezogen wird - passieren, müsste dies zwangsläufig zu einer Auszahlung der Überstunden oder dann eben zu einer Pensenerhöhung führen. Alles andere wäre ein Skandal.

Diese Mehrbelastung ist wohl auf die zunehmende Professionalisierung der Verwaltung sowie die damit verbundenen neuen und zusätzlichen Aufgaben für die Stadträte zurückzuführen. Zudem wird von einem Stadtrat erwartet, dass er nebst der Leitung seiner Abteilung sich auch für die Geschäfte der anderen Abteilungen interessiert, versucht seinen Repräsentationspflichten nachzukommen und insbesondere auch, die Geschicke der Stadt um- und weitsichtig zu führen.

Welche anderen Möglichkeiten bieten sich als Lösung derzeit an? Eine Verlagerung auf die Verwaltungsangestellten ist mittelfristig nicht möglich. Der eingeführte Personalstopp - welcher von unserer Fraktion immer wieder kritisiert wurde - hat dazu geführt, dass die Personaldecke innerhalb der Stadtverwaltung knapp ist. Engpässe zeigen sich vor allem bei den zentralen Diensten, beispielsweise in Personal- und in Rechtsfragen. Zusätzlich anfallende Aufgaben können kaum bewältigt werden. Ebenfalls fehlt es an adäquaten Stellvertretungsmöglichkeiten. Das führt dazu, dass diese Aufgaben bei Ausfall eines Abteilungsleiters ebenfalls durch die nebenamtlichen Stadträte abzudecken sind. Mit andern Worten arbeitet auch der Rest der Verwaltung am Limit.

Die Einführung neuer Kaderstellen, welche mit operativen und strategischen Führungsaufgaben vertraut werden könnten, wäre hilfreich, würde uns aber sicherlich viel teurer zu stehen kommen als die heute zu beratende Pensenerhöhung.

Betrachtet man den Schlüssel, wie die Arbeitszeit eigentlich genutzt werden sollte, so zeigt sich, dass ein Drittel operativ, ein Drittel für die anfallenden Geschäfte des Stadt- und Gemeinderates und ein Drittel für Repräsentationsaufgaben genutzt werden sollte. Mit der zeitlichen Mehrbelastung fragt sich, wo - sollten sich die Stadträte wieder auf ihr eigentliches Pensum besinnen - Zeit eingespart werden könnte. Die anfallenden Tagesgeschäfte müssen erledigt werden. Beim Verbleiben auf einem Pensum von 160 % ist zu befürchten, dass insbesondere die strategischen und langfristigen Ziele sowie Arbeiten nicht anhand genommen werden können. Dies führt einerseits zu einem - von unserer Fraktion in den letzten Jahren immer wieder festgestellten und bemängelten - Reformstau, andererseits können die anfallenden Geschäfte der anderen Stadträte nicht mehr mit der gleichen Sorgfalt geprüft werden, wie dies seitens der Parteien und Bürger wohl erwartet wird. Versinken die Stadträte im Alltagsgeschäft, bleiben Visionen, Legislaturziele und damit auch ein geschärfter Blick nach vorn auf der Strecke. Dies darf nach Meinung unserer Fraktion nicht passieren.

Unser Rat hat sich 1991 dafür entschieden, die nebenamtlichen Stadträte nach Pensum zu entlohnen und es wurde ein Lohn festgelegt, welcher über demjenigen des höchstverdienenden Verwaltungsangestellten liegen sollte. Wenn wir der beantragten Pensenerhöhung nicht zustimmen, werden diese Eckdaten verwässert und verwischt. Eine Festlegung auf einen Fixlohn würde bei der derzeitigen internen Verteilung dazu führen, dass die einen Stadträte mehr verdienen als andere. Und wenn der beantragten Pensenerhöhung nicht zugestimmt wird, weiss niemand mehr, wie der Lohn für die nebenamtlichen Stadträte eigentlich berechnet werden soll. Sollen sie dann weniger arbeiten, mehr Wochenstunden in Kauf nehmen oder einfach einen tieferen Lohn erhalten - obwohl das Pensum nicht angepasst wird?

Wenn wir davon ausgehen, dass die im Jahre 1991 festgelegten Parameter noch Gültigkeit haben, ist eine Pensenerhöhung unumgänglich.

Unsere Fraktion bedauert jedoch, dass dieses Geschäft nicht zum Anlass genommen wurde, die für die Besoldung der Stadträte massgebenden Parameter in einem Reglement festzuhalten. Ein Antrag unsererseits wurde in der GPK abgelehnt. Mit einem Reglement wäre klar und transparent, nach welchen Kriterien Arbeitszeit, Abrechnung derselben und Lohnhöhe festgelegt werden. Nun werden wir oder unsere Nachfolger vielleicht in zehn Jahren erneut auf die Suche nach der heutigen Botschaft und des Protokolls gehen, um zu wissen, welche Grundsätze wir eigentlich bei der Festlegung von Pensum und Entlohnung der Stadträte angewendet haben. Gerade hier würde sich aber ein Vergleich mit den Stadtangestellten rechtfertigen, für welche wie eingangs erwähnt klare Normen gelten. Unsere Stadt verpasst hier eine Chance, Transparenz und Klarheit an den Tag zu legen, was wir sehr bedauern. Wir verzichten jedoch auf einen Rückweisantrag in der Hoffnung, dass Frauenfeld dem Kanton sowie anderen Städten wie Arbon und Kreuzlingen in dieser Angelegenheit irgendwann einmal folgen wird.

Die Fraktion CH/Grüne ist klar der Meinung, dass ein Handlungsbedarf ausgewiesen und einer Pensenerhöhung von 40 % zuzustimmen ist, damit das Pensum der effektiven Belastung endlich angepasst wird. Dass ein Pensum von 200 % für eine Stadt wie Frauenfeld angemessen ist, zeigt insbesondere der Vergleich mit Kreuzlingen. Wir sind der Meinung, dass geleistete Arbeit auch angemessen entlohnt werden muss und es eine Frage der Wertschätzung ist, ob wir dem Antrag des Stadtrates zustimmen oder nicht.

Unsere Fraktion hat sich einstimmig für Eintreten und Zustimmung entschieden. Wir hoffen, dass dies auch der Rest unseres Rates tun wird."

Die **Ratspräsidentin** erinnert daran, dass gemäss Art. 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates eine Redezeitbeschränkung von zehn Minuten besteht. Gemeinderat Helmut Ammann hat bereits in seiner Funktion als Alterspräsident an der ersten konstituierenden Gemeinderatssitzung darauf aufmerksam gemacht. Die Ratsmitglieder werden deshalb gebeten, sich beim Eintreten entsprechend kurz zu halten und dann bei der materiellen Beratung allenfalls nochmals das Wort zu diesem Geschäft zu ergreifen.

Nachdem seitens der Ratsmitglieder das Wort zum Eintreten nicht mehr verlangt wird, erteilt die **Ratspräsidentin** Stadtmann Carlo Parolari das Wort.

Stadtmann Carlo Parolari: "Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Ich danke Ihnen im Namen meiner Stadtratskolleginnen und -kollegen für das unbestrittene Eintreten auf diese Vorlage, die im Vorfeld doch einigen Wirbel ausgelöst hat und ein heikles, sensibles Thema darstellt. Der GPK-Präsident hat dies bereits erwähnt.

Damit Sie informiert sind: Wir haben uns im Stadtrat intern dahingehend abgesprochen, dass ich kurz zur Besoldungsrevision etwas sage. Diese wurde in den vorhergehenden Voten verschiedentlich angetönt. Vizeammann Werner Dickenmann wird sich namens der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder konkret zur Vorlage im Rahmen der materiellen Beratung äussern.

Ich bin sehr froh, dass Sie die beiden Themen sauber getrennt und sehr differenziert betrachtet haben. Dies ist aus allen Voten so hervorgegangen, auch aus der Fraktionserklärung der sozialdemokratischen Partei.

Inhaltlich haben die beiden Themen nichts miteinander zu tun. Zu den zeitlichen Verhältnissen, die als 'unglücklich' oder 'unsensibel' geschildert worden sind, wird sich mein Kollege Werner Dickenmann noch äussern. Es wurde bereits gesagt, dass der Anstoss ursprünglich von der GPK ausgegangen ist und Ihnen im Laufe bzw. bis Ende der abgelaufenen Legislaturperiode 2003/2007 ein Vorschlag des Stadtrates auf den Tisch gelegt werden sollte.

Ganz kurz zur Besoldungsrevision: Es wurde gesagt, dass der Stadtrat diesbezüglich momentan nichts anderes vollzieht als das, was der Gemeinderat im Mai 2002 beschlossen hat. Sie, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, haben seinerzeit sehr grosszügig beschlossen, den Besitzstand von drei auf fünf Jahre zu erhöhen. Sie haben dem Stadtrat den klaren Auftrag erteilt, dass nach Ablauf dieser fünf Jahre nicht nochmals eine 'Abfederung' bzw. ein 'Fallschirm von diesem Fallschirm' geschaffen werden soll. An diesen Beschluss ist der Stadtrat gebunden, und er verfügt in diesem Bereich somit über wenig Spielraum.

In der Fraktionserklärung der SP/Gewerkschaften wurde uns mit auf den Weg gegeben, wir sollten möglichst alle Spielräume ausschöpfen. Frau Gemeinderätin Hartmann, das machen wir im Stadtrat. Ich erinnere beispielsweise daran, dass ursprünglich von dieser 'Drittel-/Drittel-/Drittelregelung' die Rede war. Sie mögen sich erinnern - rund ein Drittel Aufholer, bei einem Drittel passiert nichts und bei rund einem Drittel tritt eine Lohnreduktion ein. Wir sprechen heute von gesamthaft 58 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nun vom Ablauf dieser Besitzstandsdauer betroffen sind, gerechnet auf eine Angestelltenzahl von rund 400. Dies sind wesentlich weniger betroffene Personen als dies ursprünglich mit einem Drittel geplant war.

Von diesen 58 Betroffenen sind 44 mit einer Lohnreduktion von weniger als 500 Franken, 12 mit einer Reduktion zwischen 500 und 1'000 Franken sowie 2 mit einer massiven Lohnreduktion von über 1'000 Franken zu verzeichnen. In der Zwischenzeit hat eine Person - einer dieser grossen Besitzständler - ein Gesuch um vorzeitige Pensionierung per 31. August 2007 eingereicht. Insgesamt sind drei Einsprachen bei uns eingegangen, die wir wie immer sehr fair und sauber in den nächsten Wochen behandeln werden.

Wir im Stadtrat können die Frustration durchaus verstehen und nachvollziehen, die nun durch das zeitliche Zusammentreffen dieser beiden Sachgeschäfte entstanden ist. Ich sage es aber noch einmal in aller Deutlichkeit, dass wir im Stadtrat den Beschluss des Gemeinderates vollziehen und in dieser Frage an sich über wenig Spielraum verfügen.

Ich danke Ihnen, dass Sie auf diese Vorlage einstimmig eingetreten sind und diese beiden Geschäfte sauber sowie differenziert behandeln."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend beschlossen ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Matthias Hotz, Referent sowie Präsident der GPK Finanzen und Administration:
"Ich äussere mich nun zur materiellen Beratung dieses Geschäfts.

Die GPK Finanzen und Administration hat dieses Geschäft, wie erwähnt, seit dem letzten Sommer behandelt und in immerhin rund zehn Sitzungen auch sehr gründlich sowie seriös behandelt. Für die GPK war dies keine leichte Aufgabe. Sie hat dabei aber keinen Aufwand gescheut und ist unbelastet sowie unvoreingenommen an diese Sache heran gegangen.

An ihrer dritten und vierten Sitzung im November 2006 hat die GPK die Besoldung der nebenamtlichen Stadträte im Detail beraten und ist zu einigen grundsätzlichen Feststellungen sowie Schlussfolgerungen gekommen, welche die GPK, um in dieser Sache möglichst klare Grundlagen zu schaffen, festgehalten wissen wollte. In der anschliessend noch bereinigten Version umfassten diese Grundsätze kurz zusammengefasst Folgendes:

1. Ein Stadtrat sollte als Exekutivmitglied 'regieren' können und damit genügend Kapazität zur Verfügung haben, um auch strategisch tätig sein zu können.
2. Der Stadtrat sollte überprüfen, ob er nicht noch mehr delegieren kann. Er hat seine Organisationsstruktur periodisch kritisch zu überprüfen.
3. Stellvertretungen in der Stadtverwaltung, zum Beispiel von Amtschefs, sollten primär verwaltungsintern und nicht über die Stadträte gelöst werden.
4. Dem gesamten Stadtrat sollte eine zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, was zurzeit offenbar auch zutrifft.
5. Das Stadtratsmandat samt den damit verbundenen Repräsentationen ist ein politisches Amt, wobei nicht immer alle dafür aufgewendete Zeit vollumfänglich als Arbeitszeit entschädigt werden kann.
6. Die bisherige Regelung mit einer Pauschallohnsomme für alle nebenamtlichen Stadträte und einer von diesen selber festgelegten internen Aufteilung sollte grundsätzlich beibehalten werden.
7. Die aktuelle interne Verteilung der Lohnsumme der nebenamtlichen Stadträte sollte aber nach Auffassung der GPK überprüft werden, da diese aktuelle Aufteilung nach Meinung der GPK allenfalls nicht mehr den realen, sehr unterschiedlichen Belastungen der einzelnen Stadträte entspricht.
8. Die nebenamtlichen Stadträte sollten deshalb in Zukunft anfangs Legislaturperiode die prozentuale Aufteilung ihrer Gesamtbesoldung für die kommende Legislatur der GPK zur Kenntnisnahme unterbreiten. Diese Information des Stadtrats an die GPK für die soeben begonnene neue Legislatur ist zurzeit noch ausstehend.

9. Die nebenamtlichen Stadträte sollten der GPK gleichzeitig über ihre Belastung in der vergangenen Legislaturperiode, wenn möglich mit Stundenangaben, Auskunft erteilen.
10. Die GPK ist einhellig zum Schluss gekommen, dass das aktuelle Lohnniveau der nebenamtlichen Stadträte von zurzeit rund 210'000 Franken auf ein Pensum zu 100 % gerechnet, das zwischen demjenigen des höchstbesoldeten städtischen Chefbeamten und dem Stadtammann mit rund 240'000 Franken liegt, korrekt ist.
11. Bezüglich der Besoldung des Stadtammanns sieht die GPK zurzeit keinen Handlungsbedarf.
12. Die GPK ist der klaren Auffassung, dass die Besoldung des gesamten Stadtrats auch in Zukunft immer zu Beginn einer neuen Legislatur wieder überprüft werden sollte.

Bezüglich der konkret zur Diskussion stehenden Erhöhung der Pensen der nebenamtlichen Stadträte sah die GPK nach diesen ersten Sitzungen, entgegen dem Wunsch des Stadtrats, eine Erhöhung von heute 160 % um 20 % auf neu 180 % - also nicht wie gewünscht auf 200 % - als angemessen an, und dies mit Wirkung ab dem 1. Juni 2007.

In diese Besoldungsbeurteilung der GPK ist auch die Regelung der Pensionskasse für die Stadtratsmitglieder miteingeflossen.

In einem Mehrheitsbeschluss ist die GPK zum Schluss gekommen, dass diese Sache dem Gemeinderat, wie bereits erwähnt, mit einer separaten Botschaft mit Wirkung ab 1 Juni 2007 unterbreitet werden soll. Gemäss Gemeindeordnung ist in dieser Sache der Gemeinderat zuständig, und die GPK wollte dabei eine möglichst grosse Transparenz erreichen.

Die Mehrheit der GPK war auch der Meinung, dass allein diese Anpassung der Besoldung der nebenamtlichen Stadträte dem Gemeinderat zum Beschluss unterbreitet und auf die Schaffung eines eigenen Besoldungsreglements für den Stadtrat verzichtet werden soll.

Die GPK Finanzen und Administration hat an einer fünften Sitzung Mitte Dezember beschlossen, dass diese erarbeiteten Grundsätze und der Vorschlag zum weiteren Vorgehen dem Stadtrat in einem internen vertraulichen Arbeitspapier unterbreitet werden sollen, was dann auch erfolgt ist.

In der Folge hat auf Wunsch des Stadtrats eine Aussprache zwischen einer Delegation des Stadtrats und der GPK zu diesem Arbeitspapier sowie anschliessend eine weitere Sitzung der GPK stattgefunden. Anschliessend hat auch eine weitere Sitzung und Aussprache des gesamten Stadtrats mit der ganzen GPK zu diesem Thema stattgefunden.

Erst im Anschluss darauf ist die GPK in einer weiteren Sitzung nach nochmaliger eingehender Diskussion mit einer knappen Mehrheit zum Schluss gekommen, dass der mit Nachdruck vom Stadtrat vertretene Vorschlag einer Pensenanpassung der nebenamtlichen Stadträte von 160 % auf 200 % unterstützt wird. Dabei wurde in der GPK auch die Möglichkeit einer etappenweisen Anpassung dieses Pensums diskutiert, aber wieder verworfen. Der Stadtrat wurde deshalb eingeladen, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten und die von der GPK genannten Grundlagen grundsätzlich darin aufzunehmen, was in der Folge auch geschehen ist. Deshalb konnte die GPK schliesslich der vorliegenden Botschaft und

ihren Anträgen, bei zwei Enthaltungen, zustimmen.

Die GPK Finanzen und Administration hatte nicht die Aufgabe, die Arbeit des Stadtrats zu würdigen. In ihren Beratungen ist die GPK aber immer davon ausgegangen, dass im Stadtrat, der als geschlossenes Team auftritt, eine sehr gute Arbeit geleistet wird. Dabei wurde nicht verkannt, dass die Arbeit des Stadtrats auch ein beachtliches zeitliches Engagement beinhaltet. Zielsetzung über allem sollte dabei sein, dass der Stadtrat weiterhin über gute Bedingungen verfügt und sich auch die geeigneten Personen dafür zur Verfügung stellen. Damit soll sichergestellt werden, dass die politische Arbeit in Frauenfeld weiterhin so gut funktioniert, was bis anhin sicherlich auch ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche Politik in unserer Stadt war.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass die GPK diese Sache somit eingehend geprüft und diskutiert hat. Sie ist zum Schluss gekommen, dass ein Handlungsbedarf besteht, das bestehende Lohnniveau in Ordnung ist, aber die Pensen angepasst werden sollten, wobei der Umfang dieser Pensenanpassung etwas umstritten war. Die GPK wollte für die Zukunft auch gewisse hier aufgezählte Grundsätze festgehalten wissen und eine möglichst grosse Transparenz in dieser Sache erreichen. Aus diesen Gründen kann die GPK die vorliegende Botschaft unterstützen."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass Gemeinderat René Gubler zwischenzeitlich wie angekündigt den Rat frühzeitig verlassen und an seiner Stelle nun Gemeinderat Christoph Keller im Büro des Gemeinderates seinen Platz eingenommen hat. Somit beträgt die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder 34, wobei das absolute Mehr nach wie vor bei 18 Stimmen liegt.

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich rede im eigenen Namen, mit der Hoffnung auf Ihre Unterstützung meines Anliegens. Ich stelle nachfolgend zwei Anträge. Ich stelle Ihnen den ersten Antrag gemäss Art. 48 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates Frauenfeld, das betreffend meinem nachfolgenden Rückweisungsantrag eine geheime Abstimmung erfolgen soll. Ich zitiere den betreffenden Art. 48 Abs. 2 des Geschäftsreglementes, in dem es heisst: **Abstimmungen werden offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Fünftel der anwesenden Mitglieder geheime Abstimmung verlangt oder diese vorgeschrieben ist.**

Mein zweiter Antrag betrifft die Besoldung des Stadtrates: Neufestsetzung des Gesamtpensums und der Besoldungssumme für die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder per 1. Juni 2007. Ich berufe mich auf Art. 40 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates, ich zitiere: **In der materiellen Beratung kann jedes Mitglied Rückweisungs- oder Änderungsanträge stellen. Sie sind auf Verlangen des Präsidiums schriftlich einzureichen.**

Ich komme zu meinem Antrag. Ich beantrage Ihnen die Rückweisung der Botschaft Nr. 271 an den Stadtrat, verbunden mit dem Auftrag, dieses Geschäft schnell zu überarbeiten und dem Gemeinderat noch einmal zum Beschluss zu unterbreiten.

Bevor ich meinen Antrag begründe, vorab drei Bemerkungen:

1. Unser Stadtrat macht einen sehr guten Job und führt sehr gute Arbeit aus. Das darf man aber auch erwarten.
2. Die Besoldungsrevision für das städtische Personal unterstütze ich voll und ganz - und ich bleibe bei dieser Haltung.
3. Die Stadtratsbesoldung bzw. die Pensenfestlegung sowie die Besoldungsrevision der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind theoretisch **zwei Paar Schuhe** - aber sie kommen **politisch** als **ein Paar** daher. Als Patron einer Firma erachte ich es als unangemessen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger sowie die Chefs gleichzeitig mehr Lohn bekommen, auch wenn dies in Form einer Pensenerhöhung geschieht. Dies ist sicher in gewisser Form korrekt geschehen, aber ich finde dies trotzdem unangemessen.

Ich begründe meinen Antrag:

Meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wir sprechen hier über ein Jahreseinkommen von über 210'000 Franken. 210'000 Franken sind meines Erachtens zu viel. Ich bitte Sie darum um Augenmass. Mit diesen 200'000 Franken würde ein nebenamtlicher Stadtrat von Frauenfeld, hoch gerechnet auf 100 %, etwa gleich viel verdienen wie die Stadtammänner von Kreuzlingen und Bischofszell. Ich bin überzeugt, dass man auch in der Privatwirtschaft auf dieser Stufe nicht über 200'000 Franken verdienen würde, denn wir vergleichen uns nicht alle zusammen mit den Banken! Es fand eine grosse Diskussion über die Stunden bzw. die Pensen statt. Von mir aus gesehen ist diese kleinlich und peinlich. Wir können diese Stundenliste weder nachvollziehen noch kontrollieren. Auf dieser Stufe - ich spreche von einer Zahl ab 120'000 Franken Jahreseinkommen - spricht man in der Wirtschaft nicht mehr über Arbeitszeiten und Pensen. Dies allein beweist schon die Tatsache, wenn der Stundenlohn von diesen 200'000 Franken bei einer 55-Stundenwoche ausgerechnet und entsprechend mit dem Stundenlohn des Stadtammanns verglichen wird, dass ein nebenamtlicher Stadtrat im Stundenlohn mehr verdienen würde als der Stadtammann. Von mir aus gesehen ist daher diese Stunden-/Pensen-Diskussion eher daneben.

Wir müssen unterscheiden zwischen **'Arbeit'** und **'Präsenz'**. Ich vertrete die Meinung, dass der Stadtrat Präsenzstunden leisten sollte, wie zum Beispiel wir Gemeinderäte - und unseren Stundenlohn inklusiv Vorarbeiten, beispielsweise für die heutige Sitzung, kennen Sie alle! Für die Arbeit hingegen ist ein angemessener Verdienst sicherlich gerechtfertigt. Alle Stadträte verfügen über bestens qualifizierte Kadermitarbeitende, sodass sich das zeitliche Engagement der Exekutive sicherlich effizienter gestalten lässt.

In der Botschaft ist ein Vergleich mit der **Gesamtlohnsumme der Vergangenheit** aufgeführt. Dieser Vergleich stellt für mich ein schwaches Argument dar, denn niemand aus dem Kreise des jetzigen Stadtrates war bereits damals schon im Amt. Es haben aber alle nebenamtlichen Stadtratsmitglieder gewusst, als Sie am 1. März dieses Jahres mit Bravour gewählt wurden, was Sie zu tun haben und wie viel Entschädigung Sie dafür erhalten werden - und dies ist gerade ungefähr drei Monate her.

Im Weiteren ist die Rede von einer enormen Zunahme der Arbeitslast. Dass diese Arbeitslast so enorm zugenommen hat, wie es in der Botschaft steht, bestreite ich. Unsere Stadt hat die

Hausaufgaben nämlich gemacht - und dort, wo neue Aufgaben hinzugekommen sind, ist personell verstärkt worden, zum Beispiel beim Sozialwesen, der Integrationsstelle usw. Zudem kommt die **'F21' nicht** - darum ist auch hier von einer Entlastung auszugehen. **Temporäre personelle Engpässe** löst man **nicht mit mehr Lohn für die Stadträte**, sondern mit personellen Lösungen. Es darf nicht sein, dass die Chefs plötzlich die Schaufel in die Hand nehmen müssen. Das wäre nicht die Idee, würde ein grosses Missverständnis darstellen und ist vom Gemeinderat so auch nicht zu akzeptieren!

Die Begründung mit dem **Personalstopp** ist meiner Meinung nach ebenfalls dürftig, denn das Bezahlen von nicht erledigten Arbeiten, verursacht durch den Personalstopp, lässt sich kaum über das Lohnbudget der Stadträte lösen. Dies kann doch nicht die Idee dahinter sein!

Ich komme zum Schluss und bitte den Stadtrat, diese Vorlage zu überarbeiten und dabei folgende Dinge im Auge zu behalten:

1. Die künftige Entschädigung soll nicht mehr auf Basis von Stunden oder von Pensen erfolgen, sondern mehr auf der **Basis von anstehenden Projekten und Aufgaben**.
2. Ich bitte somit den Stadtrat zu prüfen, ob man in Zukunft von einem **Sockel-Gehalt plus einer Projektaufwand-Entschädigung** ausgehen könnte. Hierfür könnte der Gemeinderat den Finanzrahmen sprechen, und die Kompetenz der Bemessung dieser Entschädigung unterläge dem Stadtrat. Dies wäre auch im Sinne von Vertrauen und Transparenz.

Meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich weiss, dass dieses Thema brisant ist. **Aber gerade, weil es brisant ist, müssen wir es klar darlegen sowie offen und fair regeln.**

Dies war mein Antrag, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass zwei Anträge von Gemeinderat Stefan Geiges vorliegen, nämlich ein Rückweisungsantrag, in dem Sinne, dass die Botschaft zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen werden soll. Bevor über diesen Rückweisungsantrag befunden wird, ist gemäss Antrag von Gemeinderat Stefan Geiges aber noch darüber abzustimmen, ob eine offene oder geheime Abstimmung vorzunehmen ist.

Vorerst möchte die **Ratspräsidentin** aber dem Rat noch Gelegenheit geben, über diesen Rückweisungsantrag von Gemeinderat Stefan Geiges zu diskutieren.

Gemeinderat Christian Oettli: "Ich probiere auf den zweiten Antrag von Gemeinderat Geiges einzugehen. Das Wesentliche in dieser Angelegenheit ist schon gesagt oder geschrieben worden.

Gemeinderätin Ruth Faller gebührt Dank für die Auslegeordnung aus Sicht unserer Fraktionen, für die ich spreche.

Der Antrag auf Rückweisungsantrag des Geschäftes von Gemeinderat Geiges zum stadträtlichen Pensum braucht jedoch noch eine Entgegnung. Das Problem liegt auf dem Tisch, und das Gesamtpensum der nebenamtlich tätigen Stadtratsmitglieder ist ausgewiesen. Deshalb sind diese Gründe, die Gemeinderat Stefan Geiges darlegt, nicht vollends nachvollziehbar. Wo sollen denn diese Gründe liegen?

Die Tabelle auf Seite 5 der Botschaft ist gut und weist in Anrechnung einer 55-Stundenwoche einen Gesamtaufwand von 200 % klar aus. Zu sagen, unsere nebenamtlich tätigen Stadträtinnen und Stadträte würden ihre Aufgaben nicht speditiv, effizient oder genügend erledigen, ist vermessen, und es lässt sich auch nicht alles delegieren.

Wir wissen doch aus unseren eigenen Berufsfeldern, dass die Geschäfte an Komplexität stets zunehmen. Diese Tendenz wird und wurde auch für viele kommunale Exekutivbehörden eben spürbar. Vielleicht müsste man einmal den Mechanismus ergründen, wieso trotz effizienter Hilfsmittel wie PCs, Drucker, Kopierer und Handys keine Arbeitserleichterung in der Auslastung eintritt. Wo hockt denn der Imperativ, dass sich das Rad immer schneller drehen soll? Wo hockt denn das Teufelchen der zunehmenden Komplexität? Sind wir am Ende nicht nur vernetzt, sondern gar verstrickt?

Für die nebenamtlich tätigen Stadtratsmitglieder ergibt sich jedenfalls ausgewiesene Mehrarbeit, welche nicht zuletzt im Hinblick auf die Kandidatur von fähigen künftigen Stadträtinnen und Stadträten einer klaren Wertschätzung bedarf, und zwar in der Form, dass das geleistete Arbeitspensum auch bezahlt ist. Unsere Gesellschaft ist ja durchtränkt von sportlicher Denkweise. Deshalb mache ich abschliessend einen Vergleich mit einer turnerischen Disziplin.

Stellen sie sich vor: Eine Hochspringerin oder ein Hochspringer überquert die auf zwei Metern liegende Latte. Alle sehen den Sprung sowie die Leistung, und nun will ein Kampfrichter diese Wertung zurückweisen oder sagt, dies seien nur 1 Meter 80 gewesen. Das verletzt einfach die Objektivität sowie die Fairness, und damit beginnt dann wieder eine weitere Form der Verstrickung im Hinblick auf künftige Lohndebatten.

Ich plädiere für eine Klarheit in der Festsetzung dieses Arbeitspensums - und zwar jetzt. Wir haben nun dieses Thema aufgegriffen und ich bitte Sie, diesen Antrag von Gemeinderat Geiges abzuweisen und den stadträtlichen Vorschlag anzunehmen."

Gemeinderat Stephan Müller: "Geschätzter Gemeinderat Stefan Geiges, eine ganz kleine Bemerkung habe ich noch anzubringen. Meine hier anwesenden Bankkollegen können mich anschliessend korrigieren, aber es ist auch in der Bankenbranche so, dass sie für 210'000 Franken im Jahr keine Sollarbeitszeiten mehr aufweisen. Sie arbeiten einfach, bis die Arbeit getan ist! Für Ihre Kenntnisname danke ich Ihnen bestens."

Das Wort zum Antrag von Gemeinderat Stefan Geiges wird nicht mehr ergriffen. Die **Ratspräsidentin** lässt in der Folge über dessen ersten Antrag abstimmen, der vorsieht, dass für den zweiten Antrag, der eine Rückweisung des vorliegenden Geschäftes beinhaltet, eine geheime Abstimmung gemäss Art. 48 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Gemeinderates durchgeführt werden soll.

Abstimmung: 12 Ratsmitglieder stimmen einer geheimen Abstimmung zum nachfolgenden Rückweisungsantrag von Gemeinderat Stefan Geiges zu.

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass somit der notwendige Fünftel erreicht worden ist und im Anschluss eine geheime Abstimmung zum Rückweisungsantrag von Gemeinderat Stefan Geiges durchgeführt wird.

Abstimmung Rückweisungsantrag Geiges: Der Rückweisungsantrag von Gemeinderat Stefan Geiges wird mit 28 Nein- und 5 Ja-Stimmen, bei 1 leeren Stimmzettel, abgelehnt.

Gemeinderat Stefan Hager: "Ich möchte die Anträge 1 und 2 der stadträtlichen Botschaft Nr. 271 folgendermassen abändern:

Antrag 1:

Das Gesamtpensum der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder wird mit Wirkung ab 1. Juni 2007 von 160 auf 200 Stellenprozente erhöht. Die Pauschalsumme für die Besoldungen wird **um 60'000 Franken angehoben**.

Antrag 2:

Für diese Erhöhung wird ein Zusatzkredit von **240'000** Franken, zuzüglich Teuerungszulage, für die Amtszeit 2007 bis 2011 auf dem Konto 0130.30000 der Laufenden Rechnung bewilligt.

Begründung:

Es ist mir, wie auch meiner Fraktion bewusst, dass eine entsprechende Anpassung der Pensen der nebenamtlichen Stadträte angebracht ist. Wie Sie sicher alle wissen, ist der Zeitpunkt für diese Anpassung unglücklich gewählt und zwar aus folgenden Gründen:

1. drei Monate nach den Erneuerungswahlen des Stadtrates;
2. das Wirksamwerden von Lohnreduktionen von vor allem älteren Angestellten der Stadt auf den 1. Juni 2007.

Warum eine Erhöhung von 60'000 Franken pro Jahr?

Gemäss der Botschaft geht man von einer Arbeitwoche eines Stadtratmitgliedes bei 100 % von 55 Stunden aus. Für den Stadtmann liegt das Arbeitspensum gegen 70 Stunden. Wenn man beim Stadtmann von einer Arbeitsbelastung von 65 Stunden ausgeht und sein Gehalt von 230'000 Franken auf 55 Stunden mit einem Dreisatz reduziert, bekommt man rund 195'000 Franken. Mit der Erhöhung um 60'000 Franken ergibt sich für die 200 Stellenprozente des Stadtrates ein Einkommen von 390'000 Franken, was exakt den 195'000 Franken entsprechen würde.

Wenn man die Botschaft, wie vom Stadtrat vorgelegt, annimmt, wird der Stadtrat verhältnismässig mehr verdienen als der Stadtammann.

Das ungeschriebene 'Gesetz', dass der Stadtrat mehr verdienen soll als der bestbezahlte Verwaltungsangestellte, finde ich weniger stechend, weil es sich dabei nur um eine oder zwei Personen handelt.

Zum Schluss, geschätzte Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, warum sollen Sie meinen Antrag unterstützen?:

1. weil dem gewissen Unmut in Teilen der Verwaltung Rechnung getragen wird;
2. weil der Bürger für eine moderatere Erhöhung drei Monate nach der Wahl eher Verständnis aufbringt;
3. weil der einzelne Stadtrat drei Monate nach der Wahl mit schlussendlich 15'000 Franken Mehreinkommen pro Jahr zufrieden sein wird.

Ich danke für ihre Unterstützung, die salomonisch dem Anliegen des Stadtrates, dem gewissen Unmut in der Verwaltung, aber auch dem Verständnis in der Bevölkerung einigermassen gerecht wird, danke."

Die **Ratspräsidentin** hält fest, dass die zwei von Gemeinderat Stefan Hager gestellten Anträge gegenüber den stadträtlichen Anträgen in der Botschaft Nr. 271 auf Seite 11 gleichgestellt sind. Sie wird am Schluss der Debatte somit die Anträge 1 und 2 von Gemeinderat Stefan Hager denjenigen des Stadtrates gegenüber stellen.

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU.

Wir haben es uns mit der Frage der Neufestsetzung des Gesamtpensums sowie der Besoldungssumme für die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder nicht leicht gemacht und uns mit diesem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt.

Auf den ersten Blick scheint die Erhöhung der anrechenbaren Stunden von 40 auf 50 % sehr grosszügig zu sein. Dabei wurde die Frage diskutiert: Warum gibt es überhaupt mehr Stadtratsarbeit? Die Mehrarbeiten sind auf Seite 7 in der Botschaft aufgelistet und begründet. Bei näherer detaillierter Betrachtung sind die gegenwärtig ausgewiesenen Pensen auf eine 55 Stundenwoche nachvollziehbar. Ein langjähriges GPK Mitglied unserer Fraktion hat in den letzten Jahren diesen Anstieg der Mehrbelastung ebenfalls hautnah miterlebt.

Zu reden gab die interne Aufteilung der Pensen unter den Stadträten. Bis anhin wurde dieser Prozentschlüssel immer selbst vom Stadtrat bestimmt, und er wünscht dies auch in Zukunft so zu handhaben. Auch wurde das jetzige Lohnmodell des Stadtrates betrachtet und festgestellt, dass der Lohn, hochgerechnet auf 100 %, richtig sei. Es geht hier einzig und alleine um eine Beurteilung, ob der ausgewiesene Stundenaufwand auch zutreffe.

Die ganze Vorlage kommt eigentlich zu spät. Seit Oktober 1988 wurde an diesen Pensen nichts mehr verändert, obwohl die Belastung immer über 40 % lag. Der Nachholbedarf wurde immer grösser. Eine mögliche Delegation von Arbeiten an einen Generalsekretär zur Entlastung der Stadträte ist bedeutend teurer und wurde auch seitens der Stadträte nicht gewünscht. Der Personalstopp lässt diese Lösung auch weniger zu.

Was unschön ist, dass der vor fünf Jahren beschlossene Vollzug der Besoldungsrevision auf den gleichen Zeitpunkt wie diese Vorlage fällt. Wir haben jetzt den Punkt erreicht, wo wir auch zwei vollamtliche Stadträte wählen könnten. Doch dieser Vorschlag wurde ebenfalls abgelehnt. Auch verfassungsmässig ist dies nicht möglich.

Eine jetzige 50%-Anstellung ist eine schwierige Grösse, da eine zweite Anstellung in dieser Grössenordnung als Ergänzung nicht einfach so vorhanden ist.

Bei der Schlussabstimmung unterstützt die FDP/SVP/EDU Fraktion mit Enthaltungen die vorliegenden Anträge."

Gemeinderat Werner Vetterli: "Ich spreche im eigenen Namen zur Besoldung sowie Neufestsetzung der Gesamtpensen und der Besoldungssumme der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder.

Die Besoldungen und die prozentualen Pensen der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder wurden letztmals durch unseren Rat im Jahre 1991 festgelegt.

Schon damals stellte der damalige Gemeinderat fest, dass die Belastung eines nebenamtlichen Stadtratsmitgliedes, je nach der zu führenden Abteilung, in die Nähe eines Halbammtes gerückt sei. Trotzdem wurde das durchschnittliche Pensum der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder auf 40 % eines Vollammtes gelegt, was etwa zwei volle Wochentage beinhaltet.

Im Gegensatz zu den Löhnen des städtischen Personals, die neben der Grundbesoldung einen Betriebserfahrungs- sowie Leistungszuschlag mit individuellen Erhöhungen erhielten, wird die Besoldungssumme für die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder für die nächsten Jahre fixiert und dementsprechend nur noch der Teuerung angepasst. In den Jahren 1990 und 2002 wurde die Besoldungsfrage der Stadtratsmitglieder nicht vollzogen. Auch bei Beginn der Legislatur 2003 blieben die Lohnsummen und prozentualen Pensen unangetastet.

Seit 1999 bin ich in der GPK Gesellschaft und Sicherheit, und so habe ich direkten Einblick in vier verschiedene Abteilungen. Dabei stelle ich fest, dass die Aufgaben, die durch die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder zu bewältigen sind, komplexer wurden und die zur Verfügung stehenden Pensen nicht mehr ausreichen.

Nach meinem Ermessen ist es auch richtig, dass der Gesamtstadtrat die prozentualen Pensen der nebenamtlichen Amtsträger selber bestimmt und nach Umfang der Tätigkeiten festlegt.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen, die Pensen der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder von 160 auf 200 % zu erhöhen und dem Zusatzkredit von 330'000 Franken für die Amtszeit 2007 bis 2011 zuzustimmen.

Mit dieser Neufestsetzung der Pensen erhoffe ich mir vom Stadtrat auch, dass die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn es um die Umsetzung der Besoldungsanpassung geht, bezüglich der zu treffenden Massnahmen mit dem nötigen Feingefühl übermittelt werden und so die teilweise angeschlagene Motivation des städtischen Personals wieder verbessert werden kann."

Gemeinderat Andreas Jäger: "Ich spreche in meinem eigenen Namen.

Auch ich bin der Meinung, dass der Stadtrat für seine Leistung bezahlt werden soll.

Auch ich weiss, dass sich die Auswahl an qualifizierten Stadträtinnen und Stadträte durch die Teilzeit-Tätigkeit einschränkt.

Gerade darum müssen wir auf eine mit andern Städten vergleichbare Entlohnung achten. Weiter möchte ich betonen, dass ich voll und ganz hinter der vor fünf Jahren beschlossenen Besoldungsrevision des Stadtpersonals stehe. Grundsätzlich hat das heutige Geschäft keinen Zusammenhang mit dieser Revision.

Diese Gegebenheit sehen jedoch nicht alle gleich.

Taktisch finde ich den gewählten Zeitpunkt des heutigen Geschäftes total unglücklich und unsensibel. Aufgrund der Botschaft, Seite 4, besteht gemäss GPK - ich zitiere: 'ein gewisser Handlungsbedarf' - Zitat geschlossen.

Es besteht also kein dringender Handlungsbedarf. Folglich habe ich versucht, über meine Fraktion einen Antrag zu bewirken, die Ausweitung der Pensen schrittweise einzuführen. Dieser Vorstoss wurde von der Fraktion nicht mitgetragen.

Ich werde mich nicht gegen die Fraktion stellen, werde mich aber der Stimme enthalten."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Es wurde mehrmals gesagt, dass diese Pensenerhöhung zugestanden werden soll und dann mehr erwartet werden darf. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, falls Sie diese Besoldungs- bzw. Pensenerhöhung gutheissen, dass die Stadträte dann - meiner Meinung nach mindestens zum Teil - zu Recht das ausbezahlt erhalten, was sie bereits bis anhin geleistet haben. Ich habe heute gehört, dass nachher mehr durch die Stadträte gearbeitet werden bzw. mehr Zeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbleiben soll. Dies wird nicht eintreten, weil die vorgeschlagene Pensenerhöhung dem Arbeitsanfall gemäss Botschaft entspricht, den die nebenamtlichen Stadträte bereits bis anhin leisten. Mein Antrag zielt darauf hin, dem Stadtrat die Chance zu erteilen, dass das ganze Geschäft neu aufgerollt werden kann. Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, so wie es teilweise in den Voten erwähnt wurde, dass offenbar bereits mehr vom Stadtrat erwartet wird. Gemäss stadträtlicher Botschaft ist aber klar, dass die Pensen- bzw. Besoldungserhöhung dem entspricht, was der Stadtrat bereits bis anhin leistet. Ich danke für die Aufmerksamkeit."

Vizeammann Werner Dickenmann: "Ich bedanke mich auch im Namen meiner Stadtratskolleginnen und -kollegen für die, ich sage einmal mehrheitlich gute Aufnahme und insbesondere

für die sehr differenzierten Referate aus den Fraktionen.

Ich möchte kurz auf einige Punkte eingehen, die sie in der materiellen Beratung angesprochen haben, respektive die zu erläutern uns wichtig erscheinen.

Warum diese Vorlage jetzt? Vorweg: Letztmals wurde die Frage des Pensums vor 16 ½ Jahren vom Gemeinderat im Januar 1991 behandelt und beziffert, nachdem im Oktober 1988, also vor 19 Jahren, die jetzige Besoldung zuzüglich Teuerung festgelegt worden war. Laut Protokoll - wir waren damals nicht dabei - ist schon 1991 festgehalten worden, dass die Belastung des nebenamtlichen Stadtrat-Mitglieds, je nach Abteilung, die durch dieses zu führen ist, in die Nähe eines Halbamtes gerückt sei. Seither hat der Gemeinderat bezüglich der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder keine Beschlüsse mehr gefasst.

2002 wurden der Stadtammann und die nebenamtlichen Stadträte von der Besoldungsrevision ausgeklammert. Die Höhe der Entlohnungsansätze ist laut Stadtrat in Ordnung und soll nicht verändert werden. Es geht lediglich um eine Pensumserhöhung, was, wie wir das in der Botschaft errechnet haben, im Produkt eine grössere Gesamtbesoldung für die nebenamtlichen Stadträte ergibt.

Am 9. Februar 2005 wurde von der GPK Finanzen und Administration festgehalten, dass der Stadtrat auf den Beginn der neuen Legislaturperiode, also auf 1. Juni 2007 hin, die Besoldung des Stadtammanns und der nebenamtlichen Stadträte zu überprüfen sowie entsprechende Vorschläge zu unterbreiten habe.

Zu Beginn des Jahres 2006 haben wir nebenamtlichen Stadträte als interne Arbeitsgruppe die Frage der Pensen und Entschädigungen in verschiedenen Arbeitssitzungen vertieft abgeklärt. Ende Juni 2006 gelangte dann der Stadtrat an die GPK Finanzen und Administration mit der Bitte, das Ergebnis seiner Überprüfung der GPK vorlegen zu können. Im Bewusstsein, dass eine solche Vorlage in eigener Sache delikater ist, hat uns auch auf unseren Anstoss hin die GPK Finanzen und Administration frühzeitig in die Besprechungen und Beratungen einbezogen. Ende September 2006 wurde die GPK von uns umfassend über die aktuelle Situation informiert und dieser in der Folge der Vorschlag für eine Anpassung der Pensen von je durchschnittlich 40 % auf durchschnittlich 50 % unterbreitet.

Die GPK kam einstimmig zum Schluss, dass auf das Anliegen des Stadtrates einzutreten sei und - wir haben es gehört - ein gewisser Handlungsbedarf bestehe.

Die GPK hat sich an zehn Sitzungen mit diesem Thema auseinandergesetzt und uns letztendlich eingeladen, den Antrag im Sinne der vorliegenden Botschaft an den Gemeinderat einzubringen, sodass über dieses Geschäft auf Beginn der Legislatur 2007 bis 2011 befunden werden könne.

Fazit: Dieses Geschäft hat einen Vorlauf von 2 ½ Jahren; die Behandlung wurde vom Ratsbüro infolge weiterer Geschäfte vom Mai 2007 in den Juni 2007 verlegt.

Ein weiterer Punkt: Was haben wir uns bei der Zeiterfassung für Vorgaben gegeben, für Erkenntnisse festgehalten? Das Ergebnis ist in die Botschaft eingeflossen - je nach der Amtsdauer wurde die Zeit über eins bis fünf Jahre erhoben. Die Pensen der nebenamtlichen Stadträte sind unterschiedlich, liegen jedoch im Mittel bei gut 50 %, mit leichten Abweichungen nach unten und grösseren nach oben. In der internen Zuteilung der Pensen werden diese Pensen-

Unterschiede berücksichtigt werden.

Gemeinderat Matthias Hotz hat als Präsident der GPK Finanzen und Administration noch darauf hingewiesen, dass die von dieser GPK geforderte Aufteilung, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Pensen, mit Stadtratsbeschluss vom 8. Mai 2007 erfolgt ist. Die Nachreichung dieses Beschlusses an die Mitglieder der GPK wird noch erfolgen.

Auf was möchte ich Sie bei der Frage der Pensenerhöhung ausdrücklich hinweisen:

- Wir verlangen von uns mehr als nur eine normale 43-Stundenwoche.
- Wir verlangen von uns eine 55-Stundenwoche für die Berechnung.
- Wir haben von uns verlangt, dass wir die Ferienstunden nicht erfassen.
- Wir verlangen von uns auch, dass die Feiertage in den Stunden nicht erfasst werden.
- Auch der Aufwand für den Kantonsrat ist nicht in diesen Stunden enthalten.

Was führt zur Mehrbelastung oder letztlich zum Antrag für eine Pensenerhöhung von 40 auf 50 %? Ich wurde auch in meiner Fraktion gebeten, zu dieser Frage einige Beispiele zu bringen, wobei wir jedoch viele heute schon gehört haben:

- Unsere Arbeit - dies kann ich nach sechsjähriger Amtszeit sagen - wird jährlich komplexer und anspruchsvoller.
- Wir sind aufgefordert, abteilungsübergreifend zusammen zu arbeiten.
- Die Bearbeitung von Botschaften und parlamentarischen Vorstössen wird vielfach durch das zuständige Stadratsmitglied geführt.
- Weiter halten wir viel vom internen Personalstopp; das bedeutet, mit möglichst wenig Personal die anfallende Arbeit zu bewältigen.
- In den Abteilungen der nebenamtlichen Stadträte hat es relativ wenig Kaderpersonal. Bei Ausfall muss der nebenamtliche Stadtrat in die Bresche springen und Arbeiten übernehmen. So verfüge ich beispielsweise in der Verwaltung meiner Abteilung 5 über lediglich eine Person, einen Dienststellenleiter, und in der Abteilung 8 habe ich nur zwei Personen zu Verfügung. Wenn eine Person ausfällt oder in die wohlverdienten Ferien geht, bedeutet das doch für die verbliebenen Personen oder den zuständigen Stadtrat unweigerlich Mehrarbeit zu übernehmen. Da nützen all die gut gemeinten Tipps nichts. Wenn nicht mehr Personen in den einzelnen Verwaltungsabteilungen vorhanden sind, kann man die Stellvertretung nicht anders regeln. Wir machen dies aber auch gerne. Dies stellt an und für sich kein Problem dar.

Weitere Gründe für die Mehrbelastung:

- Die Übernahme der Personalverantwortung ab 2002, welche vorher zentral in der Abteilung 1 angesiedelt war; die Aufgaben im Zusammenhang mit dieser Delegation an die nebenamtlichen Stadträte hat einige Mehrarbeit mit sich gebracht. Wir finden jedoch diese Zuordnung stufengerecht, und für die Mitarbeitenden erachten wir die Nähe zu den Stadträten auch in Personalfragen als sehr wichtig.

Ein weiterer Punkt:

- Die Vergrößerung des Gemeindegebiets durch den Ort Gerlikon und das Quartier Zelgli bringt insbesondere für die beiden Bauabteilungen mehr Arbeit. Das ist erwiesen. In der Zwi-

schenzeit hat die Stadt auch das Stadtcasino übernommen, welches geleitet werden muss. Der Aufwand im Sozialbereich - das haben wir bei der Rechnungslegung gesehen - wird jährlich umfassender.

- Die Regio- und Stadtentwicklungsprojekte wollen von uns auch gut begleitet werden und beanspruchen einen Teil unseres Zeitbudgets.

Die Trennung zwischen dem 'zivilen Beruf' und dem Stadtratsmandat managen wir meist gut. Es ist jedoch nicht zu vermeiden, dass sich Spitzenbeanspruchungen aus beiden Tätigkeiten kumulieren, sodass es doch regelmässig zu 70-Stundenwochen kommt. Ich komme noch darauf zurück.

Wie sieht die Besoldung aus? Ich weise Sie darauf hin, dass die Besoldungs-Grundlage, welche 1988 festgelegt wurde, nicht Inhalt eines Antrags ist. Wir finden diese Berechnungsgrundlage ist nach wie vor sehr gut.

Ich nehme noch kurz Stellung zum Antrag von Gemeinderat Stefan Hager. Gemeinderat Hager, Sie anerkennen, dass die Pensen auf 50 % erhöht werden müssen. Das haben wir deutlich gehört - Sie wollen dies auch. Andererseits wollen Sie den Lohnberechnungssatz um 8 % - ich habe es errechnet - senken. Wir wollten eigentlich keine Besoldungsdiskussion.

Zum Stundendreisatz, den Sie auch erwähnt haben - 55-Stundenwoche bei den nebenamtlichen Stadträten/70-Stundenwoche beim Stadtammann - kann ich nur folgende Erklärung abgeben, und dies obwohl ich vorhin von Ihrem Nachbarn Gemeinderat Geiges gehört habe, dass die Stundendiskussion eigentlich peinlich sei. Ich komme trotzdem nicht umhin, dazu Stellung zu beziehen.

Uns dient für die in der Botschaft aufgeführte Berechnung eine 55-Stundenwoche. Das ist eine Berechnungsbasis. Ich habe es gesagt, dass wir noch eine zweite Beschäftigung aufweisen. Die Kumulation der Auslastung können wir nicht einfach auf eine 55-Stundenwoche glätten. So schön haben wir es in unserem Hauptberuf auch nicht. Ich habe es erwähnt, dass Sie davon ausgehen können, dass auch wir nebenamtlichen Stadtratsmitglieder nicht immer, aber ab und zu, auf eine 70-Stundenwoche kommen.

Zu der von Ihnen geforderten Lohnsenkung, Gemeinderat Hager, das heisst zu den 207'000 Franken auf diese 192'000 Franken, eben diese achtprozentige Senkung: Hier geht es um den Grundsatz. Wir haben gehört, dass der Stadtrat dann tiefer eingestuft würde als der am besten eingestufte Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Dies würde ein Novum darstellen und würde sicherlich nicht mehr mit dem Grundsatz der GPK übereinstimmen, dass die Besoldung, auf 100 % gerechnet, des Stadtrates höher ausfallen muss als des höchstbesoldeten Mitarbeiters der Stadtverwaltung.

Der Lohn des Stadtrates ist Angelegenheit des Gemeinderates. Das ist so in der Gemeindeordnung festgelegt. Ich verlasse mich auf den Gemeinderat Frauenfeld, dass er dies auch weiterhin und auch gegenüber dem Stadtrat mit Verantwortung tun wird.

Abschliessend möchte ich Namen meiner Kolleginnen und meines Kollegen festhalten - und das ist ganz wichtig - dass

- uns diese Arbeit sehr viel bedeutet;
- uns diese Arbeit viel Erfüllung bringt;
- und wir diese Arbeit darum sehr, sehr gerne machen.

Ich bitte Sie eindringlich um Ablehnung des Antrages Hager. Für Ihre Unterstützung und den damit verbundenen Vertrauensbeweis uns gegenüber danke ich Ihnen herzlich."

Die **Ratspräsidentin** hat bereits vorgängig angekündigt, dass Sie die Anträge gemäss stadträtlicher Botschaft den Anträgen von Gemeinderat Stefan Hager gegenüberstellen wird. Sie präzisiert in diesem Zusammenhang, dass die beiden stadträtlichen Anträge sowie die beiden Anträge von Gemeinderat Stefan Hager untereinander eng zusammen hängen und verbunden sind, das heisst sie bilden gewissermassen je ein Gesamtpaket. Die Abstimmungen sollen offen vorgenommen werden, sofern kein anders lautender Antrag aus den Reihen des Rates eingebracht wird.

Gemeinderat Stephan Müller: "Ich stelle, wie bereits schon bei der letzten Abstimmung Gemeinderat Stefan Geiges, den Antrag, dass über die vorliegenden Anträge in geheimer Abstimmung zu befinden ist."

Die **Ratspräsidentin** lässt demzufolge vorerst über diesen Antrag von Gemeinderat Stephan Müller abstimmen, der als angenommen gilt, wenn sich mindestens ein Fünftel der anwesenden Ratsmitglieder positiv dafür entscheiden.

Abstimmung Antrag Müller: Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass sich in der offenen Abstimmung deutlich mehr als ein Fünftel der Ratsmitglieder für geheime Abstimmungen betreffend der nachfolgenden beiden Anträge entschieden haben.

Zuerst werden nun die beiden Anträge 1 der stadträtlichen Botschaft und von Gemeinderat Stefan Hager einander gegenüber gestellt und darüber abgestimmt.

Zum Abstimmungsprozedere fügt die **Ratspräsidentin** an, dass diejenigen Ratsmitglieder, die sich für den Antrag 1 gemäss Botschaft des Stadtrates entscheiden auf dem Stimmzettel "Stadtrat" und diejenigen Ratsmitglieder, die sich entschliessen dem Antrag von Gemeinderat Stefan Hager stattzugeben, auf dem Stimmzettel "Gemeinderat" aufzuführen haben. Diejenigen, die sich weder für den einen noch den anderen Antrag entscheiden, lassen den Stimmzettel leer.

Abstimmung Anträge 1: Für den Antrag Nr. 1 des Stadtrates gemäss Botschaft Nr. 271 vom 10. April 2007 votieren 24 Ratsmitglieder, für den Antrag Nr. 1 von Gemeinderat Stefan Hager 6 Ratsmitglieder. 4 Ratsmitglieder legen einen leeren Stimmzettel ein.

Die **Ratspräsidentin** hält fest, dass somit klar der stadträtliche Antrag Nr. 1 in der Botschaft angenommen wurde. Sie schreitet nun zur Abstimmung der Anträge Nr. 2. Gemeinderat Stefan Hager gibt in der Folge zuhanden des Protokolls bekannt, dass er seinen Antrag Nr. 2 ersatzlos zurückziehe. Demzufolge ist nur noch über den Antrag Nr. 2 gemäss Botschaft Nr. 271 des Stadtrates vom 10. April 2007 abzustimmen.

Abstimmung Antrag Nr. 2 des Stadtrates: Die geheime Abstimmung ergibt, dass auf den Antrag Nr. 2 des Stadtrates 26 Ja-Stimmen entfallen. 3 Nein-Stimmen sind zu verzeichnen sowie 5 leere Stimmzettel sind eingegangen.

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass somit auch der Antrag Nr. 2 des Stadtrates gemäss Botschaft Nr. 271 vom 10. April 2007 mit grosser Mehrheit angenommen wurde.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Das Gesamtpensum der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder wird mit Wirkung ab 1. Juni 2007 von 160 Stellenprozent auf 200 Stellenprozent erhöht. Die Pauschalsumme für die Begehörden wird entsprechend angepasst.
2. Für diese Erhöhung wird ein Zusatzkredit von 330'000 Franken (zuzüglich Teuerungszulage) für die Amtszeit 2007 bis 2011 auf dem Konto 0130.30000 der Laufenden Rechnungen bewilligt.

- - -

Abschliessend bedankt sich die **Ratspräsidentin** für die konstruktive Diskussion. Ferner richtet sie einen Dank an die Friedhofsgärtnerei für den schönen Blumenschmuck aus, der der heutigen Sitzung einiges an Farbe verliehen hat. Im Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass nach der vollständigen Abarbeitung der heutigen Traktandenliste die Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2007 ausfällt. Dafür wird diejenige vom 22. August 2007 sicher stattfinden.

- - -

Nach einer zehnmütigen Pause findet im Anschluss an die offizielle Ratssitzung eine nicht öffentliche Orientierung über das neu geschaffene "Extranet" der Stadt Frauenfeld statt.

- - -

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

* * *

